



Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Gesundheit
Herr Josef Winkler, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/1492
VORLAGE

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
<https://mwg.rlp.de>

08.03.2022

Mein Aktenzeichen Ref. PUK Bitte immer angeben!	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Hr. Marc-Antonin Bleicher marc-antonin.bleicher@mwg.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2855 06131 16 17-2855
---	-------------------	---	--

6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 12.01.2022

**TOP 3: „Zunahme der psychischen Erkrankungen bei Kinder und Jugendlichen
- Aktionsplan Kindergesundheit“
Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT
- V 18/997**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der o. g. Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen und deren gesundes Aufwachsen sind wichtige Ziele der Landesregierung. Strukturbildende Maßnahmen ebenso wie Modellprojekte werden dabei in den verschiedenen Lebenswelten adressiert und implementiert. Vor einem Überblick über einige dieser Maßnahmen sei an dieser Stelle zunächst auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie bzgl. der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen eingegangen.

Zweifelsohne rückt die Corona-Pandemie diese Themen verstärkt in den Blickpunkt. Die pandemische Lage stellt uns alle vor ungeahnte Herausforderungen; trifft jedoch die Jüngsten unter uns mit besonderer Härte. Alle Lebensbereiche der Kinder und Jugendlichen sind betroffen: Kita, Schule, Hochschule, Familie, Freizeit aber auch das Zusammensein unter Freunden und Bekannten.



Erste Analysen zeigen die Auswirkungen dieser besonderen Herausforderungen und Einschnitte in den Alltag. Unter anderem hat das RKI in einem Review die ersten Erkenntnisse verschiedener Studien und Befragungen zusammengetragen. Diese sind zum Teil auch in dem in der Anfrage zitierten DAK-Bericht 2020 aufgezeigt. Der DAK-Bericht 2020 selbst umfasst jedoch lediglich Daten der DAK-Versicherten von 2015 bis 2018, also vor der Pandemie.

Die sogenannte COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf gibt u. a. erste wichtige Hinweise bezüglich der Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Die Online-Befragung erstreckte sich über zwei Erhebungszeitpunkte; die erste Befragung im Mai/Juni 2020; die Folgebefragung im Dezember 2020/Januar 2021. Mehr als 1.000 11- bis 17-jährige Kinder und Jugendliche sowie 1.500 Eltern von 7- bis 17-Jährigen nahmen teil. Schwerpunktthema war die subjektive Wahrnehmung der psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen nach knapp einem Jahr mit der Pandemie. In der Kürze:

- 85 % der befragten Kinder und Jugendlichen fühlen sich durch die Bedingungen der Pandemie belastet; bei der ersten Befragung waren es noch 71 %.
- Über 70 % geben eine geminderte Lebensqualität (weniger Energie, fühlen sich weniger fit und wohl, schlechtere Konzentration) an.
- Die allgemeine psychische Belastung sei gestiegen. Knapp jeder dritte Befragte zeigt heute Anzeichen einer psychischen Belastung auf. Vor der Pandemie waren es knapp 20 %. Jüngere Kinder bis 7 Jahre sind etwas stärker betroffen als ältere Kinder und Jugendliche.
- Die Kinder und Jugendlichen geben eine Zunahme von spezifischen Belastungen wie Sorgen und Ängste, bspw. Zukunftsängste, allgemeine Ängstlichkeit und Unsicherheit, Versagensängste, Befürchtungen, die Freundschaften betreffen, an.
- Auch psychosomatische Beschwerden (30 % Bauchschmerzen, über 40 % Kopfschmerzen, über 40 % Niedergeschlagenheit) haben sich nach den Angaben der Kinder und Jugendlichen über den Erhebungszeitraum fast verdoppelt.

Eine Online-Befragung im Auftrag des hiesigen Familienministeriums, an der rund 5.500 junge Menschen von Mitte März bis Mitte April 2021 teilgenommen haben, bestätigt die Befunde u. a. in Bezug auf Sorgen mit Blick auf die Zukunft, welche Unsicherheiten bzgl. der Bildungschancen oder auch Berufs-/Karrierechancen auslösen und damit psychische Belastungen verstärken.



Das tatsächliche Ausmaß der Einflüsse der Corona-Pandemie wird jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt wirklich erfasst und abgebildet werden können. Eine erhöhte Sensibilität ist jedoch unbedingt angezeigt, wie diese exemplarischen Erkenntnisse zeigen.

Die Landesregierung hat aus diesen Erkenntnissen Schlussfolgerungen gezogen und prüft und wägt die Auswirkungen der Pandemiemaßnahmen auf Kinder und Jugendliche noch intensiver ab, ebenso wie die Notwendigkeit weiterführender Maßnahmen zur Dämpfung der Auswirkungen der Pandemie. Es erweist sich als besonders hilfreich, dass es bereits bewährte Strukturen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit in RLP gibt; aber auch neue Maßnahmen wurden und werden initiiert. Einige ausgewählte seien im Folgenden genannt:

Konkret wurden auf der Internetseite zu Corona der Landesregierung frühzeitig auf Telefonhotlines und Angebote für psychisch belastete und erkrankte Menschen hingewiesen und so niedrigschwellige Hilfsangebote bekannt gemacht. Ziel ist und bleibt niedrigschwellig, adäquat und sachgerecht zu informieren.

Speziell für junge Menschen gibt es Angebote im Internet, wie zum Beispiel die Initiative #WIRSINDZUSAMMENALLEIN – eine Kampagne zur Stressbewältigung und Stärkung von Resilienz in der Corona-Krise oder „Corona und Du“ – ein Infoportal zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Im Falle einer psychischen Erkrankung gibt die Broschüre „Kinder und Jugendliche mit psychischer Erkrankung in Rheinland-Pfalz“ einen Überblick über die wohnortnahen ambulanten, teilstationären, stationären Behandlungsangebote. Die Broschüre kann auch über die Internetseite des MWG heruntergeladen werden.

Zudem gibt es vielzählige (Modell-)Projekte und Programme, die sich der Erforschung und/oder Förderung der psychischen Gesundheit widmen. So werden auch in unseren Bildungseinrichtungen seit langem diverse Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit umgesetzt. Exemplarisch möchte ich das Programm „MindMatters“ nennen, welches seit 2018 für rheinland-pfälzische Schulen kostenfrei angeboten wird. Es handelt sich um ein erprobtes und wissenschaftlich fundiertes Schulprogramm, dessen Ziel die Förderung der psychischen Gesundheit von Schüler*innen und Lehrkräften und damit die Verbesserung der Schulqualität insgesamt ist. Auch im Rahmen dieses Programms gibt es ein „Corona-Spezial“, welches spezifische Übungen für alle Jahrgangsstufen und Schulformen zur Förderung des Sprechens über eigene und fremde Gefühle, der Kommunikation, Partizipation, Freundschaft sowie des Zugehörigkeitsgefühls zur Klasse und zur Schule umfasst. Seit Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung im Jahr 2018 nahmen bereits über 200 Lehrer*innen an MindMatters Lehrerfortbildungen in RLP teil.



Um das schulische Personal für den Umgang mit psychischen Auffälligkeiten zu sensibilisieren und konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Schüler*innen aufzuzeigen, bietet das Pädagogische Landesinstitut gezielte Fortbildungen an (z. B. Stark im Stress – moderierte Gesprächsgruppen für Schülerinnen und Schüler; Belastete Kinder und Jugendliche in der Schule – Erkennen, Verstehen, Unterstützen).

Darüber hinaus sei beispielhaft das Leibniz-Institut für Resilienzforschung in Mainz genannt, das sich der Erforschung der Resilienz, also der psychischen Widerstandsfähigkeit gegenüber Stressoren, widmet und durch die Landesregierung gefördert wird. Zudem fördert die Landesregierung seit 2020 den Aufbau einer Resilienzambulanz am Mainzer Leibniz-Institut. In dieser arbeiten Wissenschaftler*innen Hand in Hand mit Expert*innen aus der Praxis, um evidenzbasierte Konzepte zur Stärkung der Gesundheitskompetenz und Strategien zur Stressbewältigung und Resilienzförderung zu entwickeln und den Bürger*innen anzubieten.

Neben diesen Projekten und Programmen gibt es bestehende und bewährte Strukturen in RLP, die die Stärkung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Lebenswelten adressieren und integrierte Vorgehensweisen möglich machen.

Eine sehr bewährte Struktur ist das Landeskinderschutzgesetz, welches in RLP seit 2008 gilt. In dessen Rahmen werden alle Kinder und ihre Sorgeberechtigten regelhaft zu den Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U9 eingeladen und an diese erinnert. Für die J1 besteht in RLP das Einladungswesen. Die Teilnahmequoten sind seit Jahren auf sehr hohem Niveau: 97 % der rheinland-pfälzischen Kinder und Jugendlichen nehmen an diesen Untersuchungen teil und profitieren somit von diesem Vorsorgeangebot. Auch während der Pandemie wurde dieses Einladungs-Erinnerungswesen für dieses wichtige Angebot aufrechterhalten. Es kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass die Meldungen über Nicht-Teilnahmen an Früherkennungsuntersuchungen bislang nicht gestiegen sind. Die Früherkennungsuntersuchungen erweisen sich damit auch dieser Tage als wichtiger struktureller Bestandteil zur Stärkung der Kinder- und Jugendgesundheit.

In den rheinland-pfälzischen Kommunen gibt es darüber hinaus die lokalen Netzwerke „Kinderschutz und Frühe Hilfen“ nach dem Landeskinderschutzgesetz, die bei den Jugendämtern verortet sind. Diese lokalen Netzwerke sind wichtige Austauschplattformen für alle Fachkräfte, die mit dem Aufwachsen junger Erwachsener befasst sind, wie beispielsweise in Schulen, Kindertagesstätten, Jugendhilfeeinrichtungen, Psychiatrie, Polizei, Justiz und im Gesundheitsbereich, und ermöglichen damit das Agieren Hand in Hand.



Zudem wurde die Prävention psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen durch Angebote für Kinder von psychisch und/oder suchtkranken Eltern verstärkt in den Fokus gerückt. Denn Kinder psychisch oder suchtkranker Eltern haben ein 3- bis 4-fach höheres Risiko, selbst psychisch zu erkranken. Seit der Novellierung des Landeskinderschutzgesetzes im November 2020 stehen den Jugendämtern jährlich zusätzlich 750.000 Euro für Beratungsangebote, Gruppen- und Austauschtreffen, Informationsveranstaltungen und familienunterstützende Maßnahmen, zur Verfügung. Alle 41 Jugendämter haben zur Umsetzung von Maßnahmen in 2020 und 2021 entsprechende Mittel beantragt.

Auch durch das Inkrafttreten des Bundes-Präventionsgesetzes in 2015 haben sich in RLP neue Strukturen und Handlungsrahmen rund um die Gesundheitsförderung und Prävention ergeben. So mündete das Bundesgesetz in RLP in bundesweit beispielhaften Landespräventionsgremien.

Erstmals arbeiten seit 2016 alle landesweit agierenden Akteure aus den Feldern der Gesundheitsförderung und Prävention in einem verbindlichen Rahmen strukturbildend und integriert zusammen. Das ermöglicht es mit größerer Schlagkraft und abgestimmt vorzugehen. So sind die Ministerien, Sozialversicherungsträger, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfe, der Öffentliche Gesundheitsdienst oder auch Interessensvertretungen wie die Landeschüler*innen- oder Landeselternvertretung in der Gremienarbeit aktiv beteiligt. All diese Partner arbeiten gemeinsam an einer Landespräventionsstrategie für RLP, d. h. an der Bedarfsermittlung, Planung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen.

Unter anderem wurden vier Landespräventionsnetzwerke gegründet, welche sich verschiedenen Lebensphasen und -settings widmen: (1) gesund aufwachsen, (2) gesund leben und arbeiten, (3) gesund im Alter, (4) Gesundheitsförderung in der Kommune.

In allen Gremien wurde die Stärkung der psychischen Gesundheit als ein prioritäres Handlungsfeld bestimmt, so auch im Netzwerk „gesund aufwachsen“, welches explizit die Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen in den Fokus nimmt. Gemeinsam mit den Partnern wurden bspw. Schülerworkshops initiiert, um partizipativ mit Schüler*innen zu erarbeiten, wie schulbasierte Gesundheitsförderung und Prävention aus Schüler*innensicht konkret aussehen sollte. Ziel ist es konkrete Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen.



Die Stärkung der Gesundheit im Allgemeinen sowie der psychischen Gesundheit im Spezifischen sind wichtige Ziele der Gesundheitspolitik in Rheinland-Pfalz. Gemeinsam mit allen Akteuren sind diese Themenfelder adressiert und werden aktiv vorangetrieben.

Mit Blick auf die Pandemie gilt ganz klar: Das Risiko psychisch zu erkranken ist eng mit der Dauer der Pandemie verbunden. Deshalb ist es so wichtig, die Pandemie konsequent und effektiv zu bekämpfen, um nicht zuletzt auch die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch